

AA 23/3/23

Windgipfel setzt Länder stärker unter Druck

Wirtschaftsministerium will einen jährlichen Zuwachs der Windkraft von zehn Gigawatt erreichen. Doch vor allem der Süden Deutschlands hinkt hinterher

Berlin. Mehr Windräder braucht das Land – und das schneller. Das ist das Ziel der Bundesregierung. Für einen beschleunigten Ausbau der Windkraft an Land soll nun der Knoten platzen. Denn noch sieht die Branche Bremsen. Die sollen nun gelöst werden. Das ist das Signal des „Windgipfels“ am Mittwoch bei Wirtschaftsminister Robert Habeck.

2022 sei eine Vielzahl an Maßnahmenpaketen etwa im Planungs- und Genehmigungsrecht beschlossen worden, sagte der Grünen-Politiker in Berlin. Große Brocken auf dem Weg zu einem beschleunigten Ausbau seien weggeräumt worden. „Kleinere Feldsteine“ lägen aber noch auf dem Weg. Für mehr als eine Vervielfachung des derzeitigen Ausbaus müssten alle Hemmnisse beim Ausbau der Windenergie abgebaut werden. An dem „Windgipfel“ nahmen Vertreter der Energiebranche, von kommunalen Spitzenverbänden, Ländern, Gewerkschaften und anderen Bundesministerien teil.

Geplant ist nun eine „Windenergie-an-Land-Strategie“. Das Ministerium nannte etwa bessere Anreizwirkungen, bessere Finanzierungsbedingungen für Direktverträge zwischen Energieerzeugern und Stromverbrauchern sowie die Frage, wie Flächen für Windenergie zur Versorgung der Industrie zur Verfügung gestellt werden können. Weiter gehe es um zügigen Transport von Windkraftanlagen und die Sicherung von Flächen. Zur Strategie sind bis Ende März Konsultationen geplant, sie soll erarbeitet und beim zweiten Windkraft-Gipfel im April vorgestellt werden.

Mit dem Start ins Jahr 2023 ist die Windbranche nicht zufrieden. Das Ziel eines Zubaus von 4,5 Gigawatt sei nicht erreichbar, erklärte der Bundesverband Windenergie schon im Januar. Es würden zu wenige Projekte genehmigt. Die Genehmigungsverfahren seien immer noch zu lang. Dazu kommen Probleme etwa beim Transport von Windrädern. Vier bis fünf neue Windräder pro Tag müssten bis

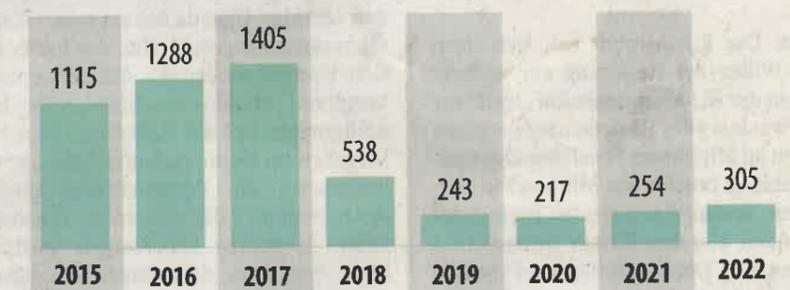
2030 aufgestellt werden, hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gesagt, das dürfte aber nicht reichen. „Wir brauchen eher sieben bis acht neue Windräder, um Klimaziele zu erreichen“, sagte Wolfram Axthelm, Geschäftsführer des Bundesverbands Windenergie. Die Zahl von vier bis fünf neuen Windrädern pro Tag sei im Rekord-Ausbaujahr 2017 bereits erreicht worden. Danach aber ging es bergab. 2022 stieg zwar die Zahl der neu ans Netz gegangenen Windräder. Installiert wurden 551 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 2,4 Gigawatt. Die bisherigen Zubau- und Genehmigungszahlen genügten aber nicht, um die Ziele der Bundesregierung zu erreichen.

Deswegen soll nun mehr Tempo gemacht werden. Habeck sagte, bis zur Mitte des Jahrzehnts solle ein jährlicher Zubau von zehn Gigawatt erreicht werden. Das bedeutet aber nicht eine Vervielfachung bei der Zahl neuer Anlagen, weil neue Windräder viel leistungsstärker sind

als bestehende. Vor allem die Länder und die nachgeordneten Behörden seien nun bei der Umsetzung gefragt, sagte Axthelm. Länder könnten sich nicht aus ihrer Verantwortung stellen. Mit jedem Monat, in dem die Zahl der Genehmigungen nicht zunehme, steige der Druck.

Der Verband beklagt ein Nord-Süd-Gefälle beim Ausbau der Windkraft. 2022 stellten Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen 77 Prozent des Zubaus. Für die Länder wurden verbindliche Flächenziele vereinbart. Habeck sagte, es sei noch nicht die Genehmigungsgeschwindigkeit erreicht, die notwendig sei. Neun Gigawatt an Leistung seien im Genehmigungsverfahren. Es habe aber einen Wandel gegeben in Behörden, so Habeck. Es gebe einen Bedarf an Zubau, sagte er und verwies auf Unternehmen, die Druck machten für mehr Ökostrom. Der Bundesverband Windenergie kommentierte nach dem „Windgipfel“: „Die Arbeit beginnt.“ *dpa*

Ausbau der Windkraft an Land



Leistungsbestand in Gigawatt



Bestand jeweils zum 31.12. QUELLE: DEUTSCHE WINDGUARD, DPA | FUNKEGRAFIK NRW: DENISE OHMS